

Als Regierender Bürgermeister hatten Sie das bestehende Unrecht noch 2017 wie folgt bewertet.  
Ihr Landesgeschäftsführer Herr Tim O. Petschulat schrieb in Ihrem Auftrag:

Zitat:

*"vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28.09.2017 an Olaf Scholz, Herr Scholz hat mich gebeten, Ihnen zu Antworten." .....*

*Sie weisen zurecht auf eine Gesetzeslücke hin, die tausende ehemalige DDR-Bürger betrifft, da das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG), das 1990 in Kraft trat, zu Ihrem Ungunsten ausgelegt wurde." / "Die SPD setzt sich seit ihrer Gründung für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Das sind drei Werte, die es weiterhin in unserer Gesellschaft zu verteidigen und zu erkämpfen gilt. Ihr Anliegen ist dafür das beste Beispiel. Sie wurden nicht gerecht behandelt."*

Noch eindeutiger ist die Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 27.06.2012.  
„Lösung für die Renten der DDR-Übersiedler in Sicht.“

Die Bundestagsabgeordneten Herta Däubler-Gmelin, Josip Juratovic, Lotar Mark, Michael Roth, Ortwin Runde, Renate Schmidt, Ottmar Schreiner, Andreas Steppuhn, Gert Weisskirchen, Lydia Westrich, und Wolfgang Wodark schrieben am 22.Januar 2009 an Dr. Peter Struck.

Zitat:

*"Die DDR-Übersiedler haben mit dem Verlassen der DDR (Flucht, Abschiebung, Ausreiseantrag) ihre DDR-Staatsbürgerschaft verloren, ebenso ihre Ansprüche an die DDR Sozialversicherung. Sie waren bereits vor dem Fall der Mauer Bürger der alten Bundesrepublik geworden und standen ab diesem Zeitpunkt unter den Schutz des Grundgesetzes. Ihre Rentenansprüche waren fest im westdeutschen Sozialversicherungssystem verankert. Es gab somit keinen Grund, im Zuge der Wiedervereinigung ihre Rentenansprüche zur Disposition zu stellen, was auch nicht geschehen ist. Dennoch wird das RÜG auf sie angewandt. Die Rentenversicherer greifen mit dieser Regelung rückwirkend in die Grundlagen der damaligen Eingliederung ein. Dies ist eine fragwürdige Umgehungsweise mit dieser Personengruppe. Zu kritisieren ist insbesondere, dass es im Bundestag keinerlei Diskussion hierüber gab - es ging ja auch damals nicht um Bestandsübersiedler, sondern um die Bürger des Beitrittsgebietes, sowie um eventuelle künftige Übersiedler."*

Herr Lothar Mark schrieb am 07.09.2009.

Zitat:

*"Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge waren zu diesem Zeitpunkt ( gemeint ist vor dem 09.November 1989) schon lange im Geltungsbereich des Grundgesetzes ansässig. Sie hatten ihre DDR-Staatsbürgerschaft individuell verloren, spätestens nachdem sie sich vor den bundesdeutschen Behörden auf ihr deutsche Staatsangehörigkeit berufen und die Eingliederung beantragt hatten. Aus dieser Konstellation heraus verbietet es sich, die Gesetze, die der Bundestag für die Überleitung von Bundesrecht auf das Beitrittsgebiet debattiert und verabschiedet hat, rückwirkend auf diese Klientel anzuwenden."*

Herr Siegmund Gabriel schrieb am 08. März 2010.

Zitat:

*"Ich habe großes Verständnis dafür, dass die unterschiedliche Behandlung der Übersiedler und Flüchtlinge aus der damaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere nach den Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz vom 24. Juni 1993, bei denjenigen als Höchst ungerecht empfunden wird, die dadurch eine rentenrechtliche Schlechterstellung erfahren mussten."*

Frau Gabriele Hiller-Ohm schrieb am 27.08.2010.

Zitat:

*"Sie zitieren mich aus meinen Brief aus dem Jahr 2007 korrekt. In den vergangenen Monaten und Jahren habe ich mich intensiver mit der Rentensituation von DDR-Altübersiedlern beschäftigt und viele Gespräche geführt. Ich sehe hier in der Tat Handlungsbedarf. Leider verfügt die SPD zurzeit nicht über die parlamentarische Mehrheit, um Änderungen durchzusetzen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sieht gegenwärtig kein Handlungsbedarf."*

Herr Christoph Strässer schrieb am 30.November 2010.

Zitat:

*" Die SPD erkennt Handlungsbedarf und setzt sich für eine neue Regelung ein."*

Herr Anton Schaaf schrieb am 21.11.2011.

Zitat:

*"Die Schlechterstellung des Personenkreises, der tatsächlich von Renteneinbußen betroffen ist, muss nicht auf Dauer hingenommen werden, auch wenn die rechtlichen Regelungen Prüfungen der Gerichtsbarkeit standhalten. Denn aus den Unterlagen zur Gesetzgebung zum RÜG geht zumindest nicht hervor, ob die sich durch die Ablösung des FRG für Altübersiedler ergebenden Folgen absehbar und gewollt waren."*

Herr Franz Müntefering schrieb am 27.01.2012. und wies auf die Ablehnung des Antrages 17/5516 durch die CDU/CSU und FDP hin.

Zitat:

*"Ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Thema - sobald sich die Mehrheiten im Deutschen Bundestag geändert haben - erneut auf die Tagesordnung nehmen und im Sinne der vielen Betroffenen entscheiden können."*

Herr Stefan Rebmann schrieb am 11.05.2012

Zitat:

*"Wie Sie sicherlich wissen, unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion Ihr Anliegen. Leider ist unser Antrag (DR 17/5516) wie auch der von den Grünen von den Regierungsfractionen abgelehnt worden. .... die SPD-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass dieses wichtige und so viele Menschen betreffende Thema auf der politischen Agenda bleibt - allerdings haben die Durchsetzungsmöglichkeiten als Opposition auch ihre Grenzen."*

Herr Ottmar Schreiner und Anton Schaaf schrieben am 14. Dezember 2012.

Zitat:

*"Derzeit wird unter Federführung von Anton Schaaf, ein neuer Antrag der SPD zum Thema erarbeitet. In einer Plenardebatte zu Beginn des Jahres 2013 wollen wir der Regierungskoalition ihr widersprüchliches Verhalten in Petitions- und Fachausschuss vor Augen führen und uns erneut für Ihr Anliegen stark machen."*

Frau Daniela Kolbe schrieb am 15. Mai 2014.

Zitat:

*"Aus den Unterlagen zur RÜG-Gesetzgebung geht nicht hervor, ob die sich durch die Ablösung des Fremdrentenrechts für Übersiedler/-innen ergebenden Folgen absehbar und gewollt waren."*

Herr Dr. Klaus-Heinrich Dederling schrieb am 09. Juli 2014.

Zitat:

*"Die SPD hält weiterhin daran fest, dass es richtig ist, eine Schlechterstellung der nach 1936 geborenen Altübersiedler bei der Bemessung der Rente zu vermeiden. Sie hat aber in den Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU keine Regelung in diesem Sinne erreichen können."*

Herr Hubertus Heil schrieb am 16. Dezember 2014 an die Abgeordnete und Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast.

Zitat:

*"In der vergangenen Wahlperiode hatten die Betroffenen, die sich auch in einem Verein (IEDF) zusammengefunden haben, mit Ottmar Schreiner und Anton Schaaf wichtige Verbündete in unserer Fraktion. ...."*

*Ich bitte darum, innerhalb der Arbeitsgruppe zu prüfen, ob dieser Faden aus der Oppositionszeit nicht wieder aufgenommen werden sollte. Mein Eindruck ist: diese Thema hätte es verdient, von einem Mitglied unserer Fraktion würdig vertreten zu werden."*

Herr Dr. Lars Castellucci schrieb am 10.02.2015

Zitat:

*"Es tut sich eine Gesetzeslücke auf, weil Übersiedler, die zunächst eine Behandlung ihrer Rentenansprüche nach dem Fremdrentenrecht hatten, darauf vertrauen konnten, dass ihre Eingliederung in das westdeutsche Rentenrecht auch nach der Wiedervereinigung Bestand haben würde. Zum Zeitpunkt ihrer Flucht bzw."*

*Übersiedlung war nicht abzuschätzen, ob und mit welcher Konsequenz sich die beiden deutschen Staaten aufeinander zubewegen würden."*

**Frau Ingrid Arndt-Brauer schrieb am 4. Februar 2015.**

Zitat:

*"Die SPD-Bundestagsfraktion hatte in der vergangenen Wahlperiode mit der Drs. 17/5516 einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung aufforderte, die Ungleichbehandlung der nach 1937 geborenen DDR-Übersiedler/Flüchtlinge bei der Bewertung rentenrechtlicher Zeiten zu beenden. Ich halte es für dringend erforderlich die in unserem Antrag formulierten Forderungen jetzt aufzugreifen und in einem Gesetzgebungsverfahren zu einem positiven Abschluss zu bringen. Die Betroffenen haben in vielen Fällen bereits ein höheres Alter erreicht. Daher ist es m.E. auch aus moralischen Gründen notwendig, das Thema so zügig wie möglich anzugehen."*

**Herr Hubertus Heil schrieb am 12. Juni 2015.**

Zitat:

*"Ihr Vertrauen in die SPD im Deutschen Bundestag war und ist berechtigt. Die SPD hat im Rahmen der Möglichkeiten als kleinerer Koalitionspartner unter Beweis gestellt, dass sie voll und ganz zu den Immer wieder von Ihnen zitierten Aussagen steht."*

**Herr Bernhard Daldrup schrieb am 08.07.2019.**

Zitat:

*"Von Seiten der SPD sind den Betroffenen mehrfach Hoffnungen gemacht worden, dass bei einer SPD-Regierungsverantwortung und Zuständigkeit eine Regelung getroffen werden könne, die die Gleichstellung der aus der DDR geflüchteten Menschen mit denen, die im Zuge des Einigungsprozesses Bundesbürger geworden sind im Rentenrecht wieder beseitigt."*